Inhalt:

SPD-Kandidaten für den Kreistag	S. 01	Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose	S. 02
SPD-Kandidaten für den Stadtrat	S. 01	Soziale Hilfe statt soziale Härte	S. 03
Eventuelle Nachrücker für den Landtag	S. 02	Scharping schießt daneben	S. 04

Juni 2001

87 wollen in das Parlament

SPD-Kandidaten für den Kreistag

Meppen

Für die SPD kandidieren folgende Kandidaten für den emsländischen Kreistag.

WB 1: Ferdinand Saalfeld, Papenburg; Barbara Gruner, Papenburg; Peter Raske, Papenburg; Hans-Werner Gouterney, Aschendorf; Christa Kröger, Papenburg; Günther Klein, Papenburg; Anton Schipmann, Papenburg; Ansgar Schnieders, Papenburg; Wilhelm Kröger, Papenburg; Gerhard Schipmann, Papenburg.

WB 2: Ingrid Poelmann, Surwold; Hilmar Munzlinger, Rhede; Heinz Dirksen, Walchum; Hermann-Josef Pieper, Wippingen; Hans-Jürgen Pohl, Rhede; Dorothea Schmidt, Esterwegen.

WB 3: Heinz Schwarte, Werlte; Helga Jansen, Börger; Ralf Schröder, Sögel; Daniela Krull, Werlte; Klaus Fleer, Börger; Lukas Jansen, Vrees; Friedhelm Kampmann, Sögel.

WB 4: Manfred van Berkum, Lathen; Georg Berenzen, Haren; Anita Ludwig, Lathen; Wolfgang Frank, Haren; Doris Schwänen, Lathen; Hans-Hermann Lonquich, Haren; Renate Behrens, Lathen; Erich Pfeifer, Haren; Wolfgang Broose, Haren.

WB 5: Karin Stief-Kreihe, Meppen; Georg Tranel, Meppen; Ilse Barloh, Meppen; Dirk Keller, Meppen; Andrea Kötter, Meppen; Reinhold Noll, Meppen; Petra Heermann-Peters, Meppen; Johannes Hessel, Meppen; Fritz-Georg Schnorr, Meppen; Leo Leigers, Meppen.

WB 6: Marita Plöger, Twist, Ralf Kisting, Haselünne; Gerrit Meyer, Geeste; Simone Plöger van Dijk, Twist; Jürgen Thom, Haselünne; Anne Lene Thies, Geeste; Horst Vohrmann, Twist; Franz Adermann, Haselünne; Peter Kramer, Geeste; Heinrich Ströer, Twist.

WB 7: Agnes Brink, Emsbüren; Willy Tebbe, Spelle; Willi Jansen, Salzbergen; Hans-Peter Tewes, Emsbüren; Klaus Siewert-Vornbäumen, Spelle; Christine Flege, Salzbergen; Friedrich Herrmann, Emsbüren; Irene Tebbe, Spelle; Karl-Heinz Winnemöller, Salzbergen; Günther Zahlten, Salzbergen.

WB 8: Franz-Josef Zumbeel, Dohren; Bettina Bornhorst, Lengerich; Klaus Dickebohm, Freren; Horst Töller, Herzlake; Josef Kämpker, Langen; Friedhelm Athmer, Thuine; Thorsten Kornblum, Bawinkel.

WB 9: Eva Schnieders, Lingen; Heinz Willigmann, Lingen; Helga Plaggenborg, Lingen; Christoph Wallmann, Lingen; Ingrid Hartmann, Lingen; Thomas Adolf, Lingen; Edeltraut Gräßner, Lingen; Peter Kallinich, Lingen; Renate Himmel, Lingen; Gerhard Kasteln, Lingen.

W 10: Oliver Klumparendt, Lingen; Gerda Siebert, Lingen; Reinhold Hoffmann, Lingen; Gisele Dieterichs, Lingen; Hans-Joachim Wiedorn, Lingen; Brigitte Brüggemann, Lingen; Jürgen Schonhoff, Lingen; Susi Jünemann, Lingen; Jürgen Beranek, Lingen; Astrid Jäger, Lingen.

Ems-Zeitung 01.06.2001

SPD nominierte für Stadtrat Papenburg

Papenburg

Der SPD Stadtverband Papenburg hat seine Stadtratskandidaten wie folgt nominiert: Wahlbereich 1 (Aschendorf): Hans-Werner Gouterney, Peter Behrens, Maureen Bamming, Fritz Dacke, Klaus Dieter Plenter, Hermann Korte, Norbert Hermes, Helmut Marbaise, Franz Josef Antepohl und Johann Behrens. Wahlbereich 2 (Untenende): Roland Seemann, Barbara Gruner, Anton Schipmann, Bernhard Bloem, Peter Raske, Alois Bamming, Ferdinand Saalfeld, Anna Schmitz und Günther Klein. Wahlbereich 3 (Obenende): Hartmut Bugiel, Wilhelm Kröger, Anne Schnieders, Christa Kröger, Gerd Schipmann, Hubert Frerichs, Marianne Kösters und Heinz Hockmann.

Ems-Zeitung 02.06.2001

Juli 2001

Aus dem Parlament ins Rathaus?

Zehn Landtagsabgeordnete wollen Landrat oder Bürgermeister werden

Von Hans Brinkmann

Hannover/Osnabrück Die Kommunalwahlen am 9. September dürften auch die Zusammensetzung des niedersächsischen Landtages verändern. Der Grund: Zehn Abgeordnete bewerben sich um das Amt eines hauptamtlichen Landrats bzw. Bürgermeisters; mindestens fünf davon haben echte Chancen, gewählt zu werden. Sie müssten in diesem Fall aus dem Landtag ausscheiden und Nachrückern Platz machen, wovon insbesondere Politiker aus der Region Osnabrück/Emsland profitieren könnten.

Die meisten Direktkandidaten stellt die SPD. Sechs Landtagsabgeordnete bewerben sich um kommunale Spitzenpositionen. Die besten Chancen besitzen dabei der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Joachim Beckmann, der nach dem Tod des ursprünglichen SPD-Bewerbers als Bürgermeister-Kandidat in Lemwerder einspringen musste, und Birgit Meyn-Horeis als Bewerberin für das Amt des hauptamtlichen Bürgermeisters der Samtgemeinde Am Dobrock bei Cuxhaven. Beckmann ist bereits ehrenamtlicher Bürgermeister von Lemwerder; in der Samtgemeinde Am Dobrock gewann die SPD die erste Direktwahl; der Amtsinhaber scheidet jedoch aus Altersgründen aus.

Erfolgsaussichten hat auch Marion Lau als Spitzenkandidatin der SPD für den Posten des hauptamtlichen Landrats in Gifhorn. Nicht ganz so rosig werden die Chancen von Helmut Knebel eingestuft, hauptamtlicher Oberbürgermeister von Salzgitter zu werden. Als Außenseiterin geht Karin Stief-Kreihe bei der Bürgermeister-Wahl in Meppen gegen ihren CDU-Landtagskollegen Heinz Jansen ins Rennen. Während die Emsländerin aber immerhin schon einmal aufgrund von Streitigkeiten unter den Christdemokraten als Bürgermeisterin fungieren konnte, gilt Gabriele Gronemeyer gegen Hans Eveslage (CDU) bei der Landratswahl in Cloppenburg nur als Zählkandidatin.

Bei einem Erfolg von Eveslage muss sich die CDU-Landtagsfraktion auf jeden Fall einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden suchen. Ob sie neben dem 54-jährigen Präsidenten des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes noch ein weiteres Fraktionsmitglied wegen der Kommunalwahl „verliert", gilt jedoch als eher unwahrscheinlich: Bernd Althusmann hat es bei der Oberbürgermeister-Wahl in Lüneburg mit dem populären Amtsinhaber und Städtetags-Präsidenten Ulrich Mädge zu tun.

Bei den Grünen haben sich Silke Stokar und Michel Golibrzuch als Direktkandidaten zur Verfügung gestellt. Stokar gilt als chancenlos bei der Wahl des hauptamtlichen Oberbürgermeisters in Hannover; bei Golibrzuch wäre es auch wohl eher eine Sensation, wenn er bei der Landratswahl in Leer einen der Kandidaten der großen Parteien aus dem Feld schlagen und in die Stichwahl gelangen könnte.

NICHT LÄNGER Fraktionsvize? Hans-Joachim Beckmann (SPD) und Hans Eveslage (CDU)

Mit besonderer Spannung dürften den Ausgang der Direktwahlen jene Politiker verfolgen, die aufgrund ihrer Platzierung auf den Nachrückerlisten Ersatzpersonen für ausscheidende Abgeordnete sind. Hoffnung machen sich dabei nicht zuletzt Politiker aus der Region Osnabrück-Emsland: Die aktuelle Nachrückerliste der SPD führt Ulla Groskurt aus Osnabrück vor Gerda Krämer aus Melle und Gerd Will aus Nordhorn an. Hinter Friedhelm Helberg aus Gyhum folgt dann Nazih Musharbash aus Bad Iburg. Sie alle kämen in den Landtag, wenn fünf Direktkandidaten der SPD am 9. September einen Sieg verbuchen könnten. Bei sieben „Hauptamtlichen" aus der SPD-Fraktion würden sogar noch Peter Raske aus Papenburg und Eberhard Schröder aus Georgsmarienhütte zu Abgeordneten-Würden kommen ...

Bei der CDU steht die Lehrerin Ursula Ernst aus Algermissen ganz oben auf der Nachrückerliste. Sie kann aufgrund der hochkarätigen Wahlchancen von Eveslage so gut wie sicher vom Einzug in das Parlament ausgehen. Für Althusmann würde der hannoversche Bauunternehmer Rainer Beckmann nachfolgen. Bei den Grünen führt Georgia Langhans aus Celle die Nachrückerliste an.

Ems-Zeitung 13.07.2001

Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose durch Gesetzentwurf klarer

Es war den allermeisten Arbeitslosen nicht zuzumuten, pauschal als Drückeberger dargestellt zu werden. Forderungen nach genereller Kürzung beim Arbeitslosengeld waren mit der SPD deshalb nicht zu machen. Sie trugen auch nichts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei. „Aktivieren ist der Grundgedanke des Job-Aktiv-Gesetzes;" erklärte der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Peter Raske zu der Debatte über die Zumutbarkeitsregeln und Änderungen im Job-Aktiv-Gesetz. Eine aktive Mitwirkung der Arbeitslosen sollte selbstverständlich sein. Die Klarstellung war aber notwendig, weil der bisherige Gesetzestext nicht eindeutig war.

Aktivieren war der Grundgedanke des Job-Aktiv-Gesetzes. Das fing bei der Arbeitsvermittlung an. Die Arbeitsämter wurden stärker als bisher verpflichtet, sich aktiv um den einzelnen Arbeitslosen zu bemühen und individuell zugeschnittene Angebote zu unterbreiten. Dem stand die Pflicht der Arbeitslosen gegenüber, soweit wie möglich selbst aktiv zur Beendigung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Deshalb stellte

der Gesetzentwurf klar, dass jeder Arbeitslose bereits bei der Anbahnung einer möglichen Arbeitsaufnahme oder Qualifizierungsmassnahme aktiv mitwirken musste. Das hieß, der Arbeitslose sollte zum Beispiel unverzüglich einen Vorstellungstermin mit dem potenziellen Arbeitgeber vereinbaren. Er durfte auch nicht ohne wichtigen Grund einen vereinbarten Termin versäumen oder durch unangemessenes Verhalten im Vorstellungsgespräch eine Arbeitsaufnahme verhindern. Wer diese Regeln nicht befolgte, sollte eine Sperrzeit von zwölf Wochen für Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten. „Dies erscheint schon aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber den Beitragszahlern, die ja die Leistungen finanzieren, gerechtfertigt," so Peter Raske. Flankierend dazu forderte die SPD im Emsland die Ausweitung der Programme „Arbeit statt Sozialhilfe", damit den Arbeitslosen auch ein entsprechender Arbeitsplatz angeboten werden konnte.

August 2001

„Keine pauschalen Drückeberger"

Emsland-SPD befürwortet Devise „Fördern und Fordern" bei Arbeitslosen

Papenburg „Aktivieren ist der Grundgedanke des Job-Aktiv-Gesetzes", erklärt der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Peter Raske zu der Debatte über die Zumutbarkeitsregeln und Änderungen im Job-Aktiv-Gesetz. Eine aktive Mitwirkung der Arbeitslosen sollte selbstverständlich sein. Die Klarstellung sei aber notwendig, weil der bisherige Gesetzestext nicht eindeutig ist.

Es sei den allermeisten Arbeitslosen nicht zuzumuten, pauschal als Drückeberger dargestellt zu werden. „Forderungen nach generellen Kürzung beim Arbeitslosengeld sind mit der SPD deshalb nicht möglich. Sie tragen auch nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei. Fördern und Fordern lautet unser Motto", so Raske weiter.

Aktivieren ist der Grundgedanke des Job-Aktiv-Gesetzes. Das fängt bei der Arbeitsvermittlung an. Die Arbeitsämter werden stärker als bisher verpflichtet, sich aktiv um den einzelnen Arbeitslosen zu bemühen und ihm individuell zugeschnittene Angebote zu unterbreiten. Dem steht die Pflicht der Arbeitslosen gegenüber, soweit wie möglich selbst aktiv zur Beendigung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Deshalb stellt der Gesetzentwurf klar, dass jeder Arbeitslose bereits bei der Anbahnung einer möglichen Arbeitsaufnahme oder Qualifizierungsmaßnahme aktiv mitwirken muss.

Das heißt, der Arbeitslose sollte zum Beispiel unverzüglich einen Vorstellungstermin mit dem potenziellen Arbeitgeber vereinbaren. Er darf auch nicht ohne wichtigen Grund einen vereinbarten Termin versäumen oder durch unangemessenes Verhalten im Vorstellungsgespräch eine Arbeitsaufnahme verhindern. Wer diese Regeln nicht befolgt, soll eine Sperrzeit von zwölf Wochen für Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten. „Dies erscheint schon aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber den Beitragszahlern, die ja die Leistungen finanzieren, gerechtfertigt", so Peter Raske. Flankierend dazu fordert die SPD im Emsland die Ausweitung der Programme „Arbeit statt Sozialhilfe", damit den Arbeitslosen auch entsprechende Arbeitsplätze angeboten werden können.

Ems-Zeitung 01.08.2001

Soziale Hilfe soziale Härte

Zur gegenwärtigen Diskussion um Sozialhilfe und Beschäftigungssicherung forderte die emsländische SPD die CDU auf, nicht das bestehende Sozialstaatsprinzip in Frage zu stellen. Mit dem Schlagwort Missbrauch wollten Opposition und Wirtschaftsverbände bestehende Schutzgesetze abschaffen oder einschränken.

Statt mit greifbaren Lösungen, wie zum Beispiel Eingliederungshilfen, gezielten Betreuungsmöglichkeiten und wirksamen arbeitsmarktpolitischen Mitteln praktische Hilfen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzubieten, zettelte die CDU eine Missbrauchsdebatte an.

Dabei waren zwei Drittel der von Sozialhilfe lebenden Menschen gar nicht erwerbsfähig, weil sie Kinder, Alte, Kranke oder allein Erziehende waren. Nur ein Drittel der Sozialhilfeempfänger konnten demnach tatsächlich beschäftigt werden. Hiervon waren bereits zahlreiche teilzeitbeschäftigt oder bezogen so geringe Einkommen, dass sie zur Sicherung ihrer Existenz ergänzende Sozialhilfe benötigten. Dies machte es auch im Emsland zusehends schwieriger, mit den Projekten des Landkreises die Sozialhilfekosten zu senken.

Es gab für den genannten Personenkreis auch im Emsland keine ausreichende Zahl freier Stellen, um zum Beispiel allein Erziehenden mit Kleinstkindern eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.

Sozialhilfeempfänger waren bereits nach bestehendem Recht zur Aufnahme einer Arbeit verpflichtet. Das "Modell Koch", die Zahl der Sozialhilfeempfänger in wenigen Jahren zu halbieren, machte vorrangig deutlich, dass es der CDU/CSU ausschließlich um Polemik und nicht um die Lösung von Sachfragen ging.

Solide hingegen waren die Pilotprojekte, mit denen das Bundesarbeitsministerium die bessere Verzahnung von Arbeits- und Sozialamtsleistungen testete. Kern des Modells war, Arbeitsfähigen einen Arbeitsplatz und zugleich auch notwendige Hilfen wie Kinderbetreuung, Fahrtkostenzuschuss und Qualifizierungsmaßnahmen anzubieten. Für Peter Raske stand fest: „Wir brauchen weder ein neues, weiteres Experimentierfeld noch pauschale Leistungskürzungen!"

Mit dem JOB-AKTIV-Gesetz zielte die Bundesregierung auf eine durchgreifende Modernisierung der Arbeitsförderung und

setzte dabei auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Kernstück der Reform der Arbeitsförderung war die Verbesserung und Beschleunigung der Arbeitsvermittlung, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Stärkung der beruflichen Qualifizierung.

Häufig waren Qualifizierungsdefizite Ursache für die Arbeitslosigkeit. Auch die Arbeitgeber klagten über Qualifizierungsversäumnisse und Fachkräftemangel. Deshalb hatte die Bundesregierung gehandelt. Im neuen Betriebsverfassungsgesetz hatte der Betriebsrat in beschäftigungssichernden Fragen ein wirkliches Initiativrecht und konnte frühzeitig seine Beteiligung einfordern, um mit der Durchführung von inner- und außerbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen diesem Defizit zu entgegnen.

Ebenso galt es, das hohe Potenzial an Überstunden schrittweise in neu zu schaffende Arbeitsplätze umzuwandeln. Das Volumen der Mehrarbeitsstunden machte deutlich, welche fruchtbare Debatte die Betriebspar-teien führen könnten. Für maßgeschneiderten Qualifizierungsmaßnahmen hatte der Betriebsrat gute Gestaltungsspielräume, die offensiv genutzt werden sollten.

„Das Sozialstaatsprinzip nicht in Frage stellen“

Emsland-SPD kritisiert Opposition und Wirtschaftsverbände

PAPENBURG. Zur Diskussion um Sozialhilfe und Beschäftigungssicherung fordert die emsländische SPD die CDU auf, nicht das bestehende Sozialstaatsprinzip in Frage zu stellen. Mit dem Schlagwort Missbrauch wollten Opposition und Wirtschaftsverbände bestehende Schutzgesetze abschaffen oder einschränken.

Statt mit Lösungen, wie zum Beispiel Eingliederungshilfen, gezielten Betreuungsmöglichkeiten und arbeitsmarktpolitischen Mitteln praktische Hilfen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anzubieten, zettele die CDU eine Missbrauchsdebatte an, so Peter Raske, stellvertretender SPD-Kreisvorsitzender im Emsland. Dabei seien zwei Drittel der von Sozialhilfe lebenden Menschen gar nicht erwerbsfähig, weil sie Kinder, Alte, Kranke oder Alleinerziehende seien. Nur ein Drittel der Sozialhilfeempfänger könnte demnach tatsächlich beschäftigt werden. In Wahrheit stünden für diese Personen auch im Emsland keine ausreichende Zahl freier Stellen zur Verfügung, um zum Beispiel Alleinerziehenden mit Kleinstkindern eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Das „Modell Koch“, die Zahl der Sozialhilfeempfänger in wenigen Jahren zu halbieren, mache deutlich, dass es der CDU/CSU nur um Polemik und nicht um die Lösung von Sachfragen gehe, so Raske.

Ems-Zeitung 20.08.2001

Scharping schießt daneben

Der Vorschlag des stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping, jugendliche erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in der Kranken- und Altenpflege einzusetzen, löste bei SPD-Mitgliedern im Emsland Unverständnis aus.

Peter Raske erinnerte daran, dass der Bundestag vor Beginn des Sommerlochs 2001 das Pflegequalitätssicherungsgesetz verabschiedet hatte. "Sollen etwa die Träger ambulanter und stationärer Pflege dem Willen des Gesetzgebers jetzt mit jugendlichen Aushilfskräften gerecht werden?“ kritisierte Raske den Vorstoß des Bundes-ministers.

Jeder Versuch, arbeitslose Jugendliche in Ausbildung und Arbeit einzugliedern, müsste unterstützt werden. Warnen müsste man jedoch vor vermeintlichen Patentrezepten. Der Bundesverteidigungsminister schoss über das Ziel hinaus. Sinnvolle Vorschläge zur Reform der Sozialhilfe wurden von den Wohlfahrtsverbänden schon vor einem Jahr gemacht.

So forderte die Arbeiterwohlfahrt im Oktober 2000 eine Leitstelle für Arbeit. Beim Arbeitsamt sollten die Bereiche der finanziellen und Beratungsleistungen vor Ort voneinander getrennt werden und die Leistungen zur Beschäftigungsförderung in einer vom örtlichem Arbeitsamt, Sozialamt und Jugendamt gemeinsam geführten Beschäftigungsförderungsstelle organisiert werden.

Kreis-SPD: Scharping hat daneben geschossen

Raske: Vorschläge sind keine Hilfe bei Sozialreform

Papenburg Unverständnis hat der Vorschlag des stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping bei SPD-Mitgliedern im Emsland ausgelöst, jugendliche erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in der Kranken- und Altenpflege einzusetzen.

Der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzendee Peter Raske erinnert daran, dass der Deutsche Bundestag vor Beginn des Sommerlochs 2001 das Pflegequalitätssicherungsgesetz verabschiedet habe. „Sollen etwa die Träger ambulanter und stationärer Pflege dem Willen des Gesetzgebers jetzt mit jugendlichen Aushilfskräften gerecht werden?“, kritisiert Raske den Vorstoß des Bundesministers.

„Jeder Versuch, arbeitslose Jugendliche in Ausbildung und Arbeit einzugliedern, müsse unterstützt werden. Gewarnt werden müsse jedoch vor vermeintlichen Patentrezepten“, betont der stellvertretende Vorsitzende der SPD des Emslandes.

Der Bundesverteidigungsminister hat nach Ansicht von Raske über das Ziel hinausgeschossen. Sinnvolle Vorschläge zur Reform der Sozialhilfe sind von den Wohlfahrtsverbänden schon vor einem Jahr gemacht worden. So forderte die Arbeiterwohlfahrt im Oktober 2000 eine Leitstelle für Arbeit. Beim Arbeitsamt sollen die Bereiche der finanziellen und Beratungsleistungen vor Ort voneinander getrennt werden und die Leistungen zur Beschäftigungsförderung in einer vom örtlichem Arbeitsamt, Sozialamt und Jugendamt gemeinsam geführten Beschäftigungsförderungsstelle organisiert werden.

Ems-Zeitung 24.08.2001